

Konnoement: für Berlin vierteljährlich 6 M 75 P.,  
für das übrige Reich und ganz Deutschland 9 M.  
Incl. der Postbeförderungsgebühren. Bestellungen  
nehmen an die Expedition, W. (8), Mohren-  
straße 59, und sämtliche Postanstalten.

# National-Zeitung.

Inserate. — Die Preiskarte:  
Morgen-Ausgabe 4-gespalten 40 P. Columnen  
resp. deren Theile 800 M. u. f. w.  
Abend-Ausgabe 3-gespalten 60 P. — Reklame  
3-gespalten 1 M 50 P. — Columnen 450 M. u. f. w.

## Preussischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

#### 4. Sitzung vom 21. Januar.

11 Uhr. Am Ministerische: Dr. von Scholz, Dr. Friedberg  
und mehrere Kommissarien.

Zu Ehren des Andenkens des verstorbenen Abg. Schmidt  
(Stettin) erheben sich die Mitglieder von ihren Plätzen.

Eingetragen: Nachrichten von der Verwaltung der preussischen  
Staats-, Berg-, Hütten- und Salzwerke im Etatsjahre 1885/86.

Das Haus tritt in die erste Lesung des Etats.

Finanzminister Dr. von Scholz: Die Finanzlage des Staates  
ist am vorigen Sonntag in der Eröffnungsrede des Landtages  
nicht nur im Allgemeinen gekennzeichnet, sondern auch schon mit  
summarischen Angaben über die jüngste Vergangenheit sowohl, wie  
über die nächste Zukunft beleuchtet worden. Inzwischen haben Sie  
auch schon die umfangreichen Druckwerke, auf deren Inhalt  
die in der Eröffnungsrede gemachten Aussagen sich stützen,  
jämmtlich empfangen und zum Gegenstand eines näheren  
Studiums gemacht. Unter diesen Umständen kann es heute  
zur Einleitung unserer Berathung über die Etatsvorlage für das  
Jahre 1887/88 nur meine Aufgabe sein, aus dem Ihnen vorliegen-  
den Material ganz kurz die bedeutendsten Thatfachen hervorzuheben,  
um zu zeigen, welche Auffassung die Regierung mit denselben ver-  
bindet. Ich werde dabei, zumal bei der ersten Berathung der  
Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1885/86  
eine Debatte nicht stattfinden hat, der herkömmlichen Debatte  
folgend, mit dem letzten abgeschlossenen Rechnungsjahre 1885/86  
beginnen.

Als ich im vorigen Jahre hier das wahrscheinliche Ergebnis  
dieses damals noch laufenden Rechnungsjahres zu erörtern hatte,  
glaubte ich unter aller Reserve in Aussicht stellen zu können, daß  
ein Ueberschuß von etwa 7 Millionen Mark sich ergeben werde,  
und daß es, weil dieser Ueberschuß nach den Bestimmungen des  
Eisenbahngesetzes lediglich zur Verringerung der Staats-  
schulden verwendet werden mußte, ganz ebenso, wie schon sein Vor-  
gänger das Jahr 1884/85 die Ausgaben und Einnahmen balancierend  
abschließen wird. Die Ihnen vorgelegte Uebersicht der Einnahmen  
und Ausgaben von 1885/86 zeigt, daß die damals geäußerten Er-  
wartungen von der Wirklichkeit vollkommen bestätigt sind. Das  
Jahr 1885/86 hat in der That einen Ueberschuß von 7 686 620 M.  
ergeben; Sie finden diese Summe als Mehrertrag zur Verrech-  
nung der bewilligten Anleihe eingestellt und dem zu  
Folge geht denn auch die definitive Abschlußrechnung  
in der Uebersicht für die Schulden auf, es ist nichts  
übrig geblieben von dem Jahre, nichts mehr dafür erforderlich.  
Wollen wir uns aber, ganz abgesehen von diesem formellen Ab-  
schluß des Jahres, vergegenwärtigen, wie materiell das Ergebnis  
dieses Jahres wirklich gewesen ist, so müssen wir eine etwas andere  
Rechnung aufstellen. In dem Jahre war von Anfang an zur  
Bekämpfung eines Ueberschusses von 22 369 160 M.  
gemacht. In Folge des Umstandes, daß erst nach Feststellung dieser  
Ziffer der preussische Matrualebeitrag für dasselbe Jahr um  
2 Millionen niedriger bemessen wurde, haben wir natürlich auch die  
Anleihebewilligung nur als mit 2 Millionen niedriger bemessen  
angesehen und in dieser Höhe von 20 369 160 M.  
eingestellt. Um so viel war also der Schuldbetrag des Staats  
zu Gunsten der Wirtschaft des Jahres 1885/86 von  
vornherein mehr belastet. Dazu tritt dann noch ein kleiner  
Betrag von 217 330 M., um welchen in diesem selben Jahre die  
Einzahlung bei dem Hinterlegungsfonds die Auszahlung über-  
schritten hat, um welchen also die Schuld des Staats gegenüber  
dem Hinterlegungsfonds erhöht worden ist. Aus diesen beiden  
Positionen setzt sich also die gesamte außerordentliche Einnahme  
des Jahres 1885/86 zusammen. Von dieser außerordentlichen  
Einnahme, welche eine entsprechende Verringerung der Staats-  
schuld darstellt, ist abgezogen der Ueberschuß von 7 686 620 M., und so  
ergibt sich, daß das Jahr in der That eine Unterbilanz von  
12 863 594 M. hat. Aber auch in dieser Darstellung können wir  
das Ergebnis des Jahres zweifellos als ein günstiges betrachten.  
Es zeigt, daß, während wir mit der Erwartung in der Wirtschaft  
des Jahres hineingingen, wir würden dabei wenigstens 20 Millionen  
durch Anleihe decken müssen, wir thatsächlich nur haben 12 Millionen  
durch Anleihe decken müssen.

Im Einzelnen möchte ich mir erlauben, kurz wenigstens  
von den Abweichungen gegen den Voranschlag, welche eingetreten sind,  
zu sprechen. Die Fortsetzung, welche 1885/86 ganz ebenso wie  
schon im Jahre vorher einen unauflöslichen Ueberschuß über den  
Voranschlag lieferte, hat 4 700 000 M. aus dem Holzverkauf  
mehr geliefert, als wir erwarteten. Die direkten Steuern haben  
1 899 000 M., allein 1 247 000 M. bei der Einkommensteuer, mehr  
geliefert, als der Etat vorausgeschätzt. Die indirekte Steuer hat  
einen Mehrertrag von 3 339 000 M., darunter allein 2 631 000 M.  
aus der Stempel- und Erbschaftsteuer und sonstigen auf  
allein preussische Rechnung erhobene Abgaben, ergeben.

Dagegen sind nun, wie ich das im vorigen Jahre auch schon  
angemeldet habe, Ueberschüsse zu verzeichnen, so bei der  
Verwaltung, hauptsächlich bei den Hütten mit 3 153 000 M.,  
bei der Eisenbahnverwaltung mit 8 631 000 M. Bei der Eisen-  
bahnverwaltung steht sich dieses günstige Ergebnis für 1885/86  
zusammen aus der Mindereinnahme von 27 306 000 M. und der  
Minderausgabe von 18 645 000 M. Ich habe auch auf die Um-  
stände hingewiesen, welche damals auftraten, um zu zeigen, welche  
nicht zweifelhaft liegen, daß die Eisenbahnen im Jahre 1885/86  
hinter dem vorausgesetzten Ueberschuß zurückgeblieben wurden.  
Ich hatte angenommen, daß die Differenz gegen den Etat sich auf  
etwa 6 Millionen Mark belaufen würde, sie hat sich aber auf  
etwas mehr, auf 8 Millionen belaufen, und es ist das eine ganz  
erklärliche natürliche Folge der Störung, die sich in dem Jahre besonders  
frühzeitig in Handel und Verkehr, die aber bei uns immer in  
erheblich geringeren Grenzen sich gehalten hat, wie in anderen  
Ländern, und die denn auch kein größeres, sondern Angesichts des  
großen Eisenbahnnetzes, ein überhaupt nur geringfügiges Minde-  
rertrag geliefert hat.

Beim zweiten Abschnitt des Etats, bei den Dotationen und  
der allgemeinen Finanzverwaltung, ist nun besonders hervorzuheben  
die Gunst, welche dieses Jahr in unseren Verhältnissen gezeigt hat.  
Es waren da die neuen Bestimmungen in Bezug auf Zölle und  
die Reichsteuern zur Einführung gekommen, und denen haben  
wir es wesentlich zu verdanken, daß unsere Einnahmen in  
diesem Jahre gestiegen sind um 9 850 000 M. von den  
Zöllen und um 1 533 000 M. von den Steuern. Diese  
Einnahme ist nicht ganz der Staatskasse verblieben, sondern nach  
dem Gesetz vom 14. Mai 1885, soweit sie sich als Mehreinnahme  
von landwirtschaftlichen Zöllen darstellte, an die Kommunalverbände  
wieder weiter zu geben gewesen. Der Mehretrag rührte aber doch  
nur zum kleineren Teil von den Getreidezöllen her, und so hatte  
es sich denn gemacht, daß auf die Kreise nur die Summe von  
1 002 116 M. a. Konto des Gesetzes vom 14. Mai 1885 herauszugeben  
war und der Staatskasse immerhin ein beträchtlicher Theil der  
Mehreinnahmen von Zöllen verblieb.

Im dritten Abschnitt des Etats, in den sogenannten eigent-  
lichen Staatsverwaltungen, hat das Jahr nur einen Mehrbedarf  
von 345 000 M. erfordert, aber innerhalb dieser in der That sehr  
geringfügigen Summe sind allerdings bemerkenswerte große Ab-  
weichungen von den einzelnen Etats hervorzuheben. Namentlich  
haben wir bei der landwirtschaftlichen Verwaltung einen Mehr-  
bedarf gehabt von 1 681 000 M. und zwar hauptsächlich bei  
den Auswärtigen Angelegenheiten. Bei der Finanzverwaltung  
haben wir im Ganzen einen Mindebedarf von 256 000 M. ge-

habt, aber dieser resultierte aus einer Mindereinnahme an Gerichts-  
kosten von 2 169 000 M. und einer Minderausgabe bei den Land-  
und Amtsgerichten von 2 670 000 M., und bei der Gefängnis-  
verwaltung von 184 000 M. Es ist die große Mindereinnahme  
also durch Ersparnisse, welche im Etat der Verwaltung möglich ge-  
wesen sind, so weit ausgeglichen nicht bloß, sondern überlegen,  
daß die Verwaltung schließlich mit einem Mindebedarf  
von 256 000 M. abgeschlossen hat. Auch beim Ministeri-  
um des Innern hat sich ein Mindebedarf von 990 000  
Mark und zwar hauptsächlich bei der Strafanstaltsverwaltung  
ergeben. Wenn ich noch erwähne, daß wir bei dem Extraordinarium  
in diesem Jahre im Ganzen eine Ersparnis von 839 000 M. ge-  
macht haben, die aber auch wieder einerseits eine Minderausgabe  
bei der Eisenbahnverwaltung von 1 275 000 M. und eine Mehr-  
ausgabe bei der Fortsetzung von 1 194 000 M. für Abführung  
von Servituten einschließt, so glaube ich die bemerkenswerthen  
Thatfachen in dem Jahre 1885/86 genügend berührt zu haben.

Was nun das wahrscheinliche Ergebnis der Verwaltung des  
laufenden Jahres anlangt, so möchte ich im Allgemeinen, der  
Aussage in der Eröffnungsrede einfach folgend, daß das Ge-  
schäft dieses Jahres wahrscheinlich dem des Vorjahres sehr ähn-  
lich sein werde, nur aussprechen, daß wir in der That auf einen  
günstigen Verlauf dieses Jahres, mit allem Vorbehalt, daß auch das  
beste Betriebsjahr noch Ueberraschungen und unvorhergesehene Ver-  
änderungen bringen kann, rechnen können. Im Einzelnen wirken  
zu dem günstigen Resultate, welches allein wiederum einen Ueber-  
schuß, wie ich gleich bemerken will, in ungefähre Höhe von sieben  
Millionen Mark etwa, zeigen wird, hauptsächlich mehrere Ver-  
waltungen mit, welche namentlich aufzuführen ich mir er-  
lauben werde. Zunächst haben wir bei der Bergwerks-  
verwaltung wieder einen Ueberschuß von 400 000 M. in  
Rechnung stellen müssen, und zwar hauptsächlich in Folge  
der Mindereinnahmen bei den Kohlenbergwerken und auch in Folge  
des Rückganges der Bergwerkssteuer. Bei den Eisenbahnen ist die  
Schätzung der Natur der Sache nach, überaus unsicher. Das Ge-  
schäft schwankt in ziemlich weiten Grenzen. Nach allen Mitthei-  
lungen aber, welche ich in dieser Beziehung erhalten habe und nach  
dem Vergleich mit den Ergebnissen des Vorjahres, glaube ich in  
der Schätzung, des Ausfalls, der hier zu erwarten ist, nicht  
weiter gehen zu dürfen, als daß ich einen Ausfall  
von 6 Millionen Mark gegen den Etat in Aussicht nehme.

Ich sehe es dabei — trotz äußerster Vorsicht in dieser Annahme —  
durchaus nicht als ausgeschlossen an, daß die Eisenbahnen den  
Etat sogar voll erfüllen. Wie sie hauptsächlich zuerst unter der  
Störung des Handels und Verkehrs im Vorjahre leiden mußten  
und gelitten haben, so profitieren sie auch offenbar jetzt und  
am deutlichsten von dem ja nicht zu leugnenden Aufschwung,  
den Handel und Verkehr in der letzten Zeit wieder,  
Gott Lob, genommen haben. Es ist interessant, in dieser Be-  
ziehung die Monateinnahmen der Eisenbahnen mit denen des  
Vorjahres zu vergleichen. Dieselben zeigen eine fortgesetzte Steige-  
rung. Wenn wir die jedesmalige provisorische Feststellung der  
Einnahmen aus dem Jahre 1886/87 denen aus dem Jahre  
1885/86 gegenüberstellen, so zeigt gleich der Monat Mai  
eine größere Brutto-Einnahme von 556 000 M. Mark gegen  
das Vorjahr, der Juni von 1 032 000 M., der Juli von  
1 310 000 M., der August von 1 002 000 M., der September von  
1 447 000 M., der Oktober 1 656 000 M., der November  
1 452 000 M., und der Dezember, wo die bekannten  
Schneeverwehungen und sonstige ungünstige Umstände den  
Verkehr sehr beeinträchtigt haben, zeigt gegen das Vorjahr  
immer noch eine Mehreinnahme von gegen 1 900 000 M. Mark,  
eine Zahlenreihe, die in der That, wenn nicht wieder unvor-  
hergesehene Veränderungen eintreten, positiv zu der Hoffnung  
berechtigt, daß das günstige Ergebnis, welches wir jetzt  
beim Etat mit etwa 6 Millionen Mark über die wahr-  
scheinlichen Ergebnisse des laufenden Jahres einstellen, von der  
Wirklichkeit zu einem noch günstigeren gestaltet werden wird.

Wir werden alle weiteren günstigen Faktoren für die Rechnung  
des laufenden Jahres in Betracht zu ziehen haben, daß wir vom  
Reiche aus dem Betrage der Zölle und Tabaksteuer eben-  
falls etwa 8 Millionen, von den Reichsteuern - Abgaben  
1 600 000 M. Mark, also nahezu 10 Millionen weniger empfangen  
werden, als im Etat vorgesehen ist. Wir werden ferner bei der  
Bauverwaltung einen Mehrbedarf von ca. 700 000 M. Mark in Auge  
fassen müssen, hauptsächlich beim Wasserbaufonds zur Verringerung  
des Mühlendammes bei Bromberg, zur Verbesserung der Wehrendorfer  
Schleuse und zur Korrektur der Weichselanbahnung bei Posen.  
Endlich werden wir bei der landwirtschaftlichen Verwaltung, bei  
den Auswärtigen Angelegenheiten einen Mehrbedarf von 1 900 000  
M. Mark haben, alles in allem also ergibt sich gegen den Etat eine  
ungünstige Abweichung von etwa 18 000 000 M. Mark. Dagegen werden  
wir ersichtlich Weise bei den Fortien auf 1 1/2 Millionen Mark  
Mehrerträge zu rechnen haben, bei den direkten Steuern eben so viel,  
bei den indirekten auf 2 1/2 Millionen Mark mehr, und zwar dar-  
unter allein 2 Millionen Mark Mehreinnahmen von Steuern.

Wir werden dann bei der allgemeinen Finanzverwaltung eine  
große Minderausgabe in Erwägung zu ziehen haben, welche der  
Mindereinnahme an Zöllen gegenübersteht, und zwar werden  
wir eine größere Minderausgabe als Mindereinnahme haben, inso-  
fern nämlich wir an die Kreise nicht, wie der Etat vorausgesetzt  
hat, über 19 000 000 M. zu zahlen haben werden a. c. d. d. d.  
Mehreinnahmen an landwirtschaftlichen Zöllen, sondern leider  
13 000 000 M. weniger. (Bewegung.) Die Zölleinnahmen, die  
uns vom Reich zufallen, bleiben um 30 000 000 M. hinter dem  
Etat zurück; aber darin stecken in der That nicht so viel mehr  
Getreidezölle-Einnahmen; die Getreidezölle sind noch viel weiter als  
dieses Minus zurückgeblieben. Es wird das in einer Minderaus-  
gabe von 13 000 000 M. seinen Ausgleich zu finden haben. Wir  
haben dann beim Finanzministerium auf eine Ersparnis, eine  
Minderausgabe von etwas über 2 Millionen M. zu rechnen, ebenso  
beim Ministerium des Innern, namentlich bei der Strafanstalts-  
verwaltung ist auf eine Ersparnis von 1 Million zu rechnen.

Alles zusammen also sind es und etwa 22 Millionen günstiger  
Ergebnisse, als wie sie der Etat vorgesehen hat. Seine 18 Millionen  
gegenüber gestellt diesen 22, ergibt bereits ein Plus von 4 Millionen,  
mit dem wir wirtschaften. Dann tritt wiederum eine bedeutende  
Mehreinnahme beim Hinterlegungsfonds, wo in diesem Jahre etwa  
2 Millionen M. mehr eingezahlt wurden, als zur Herauszahlung  
kam, und endlich bei den einmaligen Ausgaben eine voranschätzte  
Ersparnis von mindestens einer Million, macht zusammen 7 Millionen  
Mark Ueberschuß, wie ich auch Eingangs mit anzuführen mir erlaube.

Bei der Aufstellung des Etats hat uns wiederum leiten lassen  
das ich mich nun wende, haben wir uns wiederum leiten lassen  
einerseits von großer Vorsicht namentlich auch in der Hinsicht, daß  
nicht die Unzulänglichkeit unserer Mittel etwa zweimal hervortrete,  
einmal vor der Feststellung des Wirtschaftsjahres und dann noch  
einmal beim Abschluß des Jahres, daß es genug sei, daß dies nur  
einmal hervortrete, andererseits wiederum von jener Sparamkeit  
und Zurückhaltung, welche zwar mit den berechtigten Erwartungen  
und Wünschen des Landes nicht ganz in Einklang steht, welche  
aber angesichts der Knappheit unserer Lage uns richtig er-  
scheint. Große Vorsicht hat uns namentlich bei der Veranschla-  
gung der Staatsverwaltungen geleitet und dazu geführt, daß wir  
dieselben, natürlich abgesehen von Einnahmen und Anleihen, um  
nahezu 2 1/2 Millionen niedriger für das nächste Jahr haben  
ansetzen können, als für das laufende. Entsprechend hierfür  
ist vor allen Dingen der Etat der Eisenbahn-Verwaltung  
gewesen, und auf den möchte ich, seiner übertragenden Bedeutung  
entsprechend, zuerst kommen. Der Etat der Eisenbahnverwaltung  
erscheint äußerlich rechnungsmäßig im neuen Entwurf mit einem

Mehrertrag von rund 8 Millionen Mark, aber dieser Mehr-  
ertrag enthält überhaupt keine Mehreinnahme, sondern  
eine Mindereinnahme von 8 1/2 Millionen und eine Mindereinnahme  
ausgabe von 16 1/2 Millionen, daraus setzt sich positiv das  
Ergebnis des Mehretrages von 8 Millionen zusammen.  
An die Stelle der großen Minderausgabe von 16 1/2 Millionen aber,  
auf die bei der Eisenbahnverwaltung etatsmäßig zu rechnen ist,  
tritt stattdessen bei der öffentlichen Schuld eine Mehreinnahme von  
12 1/2 Millionen infolge der Umwandlung der Prioritätsobligationen  
in Konfols. Außerdem treten bei diesem Etat etwa 810 000 M.  
Zinsen für neue Eisenbahnanleihen hinzu, und wenn Sie dies  
mit in Rechnung stellen, so bleibt eine Minderausgabe  
von etwa 3 Millionen gegenüberstellen der Mindereinnahme von  
8 1/2 Millionen. Es ergibt sich also materiell ein Mehretrag  
gegen das laufende Jahr von etwa 5 1/2 Millionen Mark. Dieser  
gegen den vorjährigen Etat wenn auch nicht sehr erheblich, aber  
immerhin niedrigerer Anlaß erlaubt sich bei Anwendung der fest-  
stehenden prinzipiellen Veranschlagungsmethode. Nach dem, was  
ich vorhin schon nach der Betrachtung des wahrscheinlichen Ergeb-  
nisses der Eisenbahnverwaltung im laufenden Jahre gesagt habe,  
glaube ich es nicht für ausgeschlossen halten zu dürfen, daß der  
Etat auch der Eisenbahnverwaltung in Wirklichkeit im nächsten  
Jahre eine günstigere Gestaltung zeigen wird, daß er  
jedenfalls nicht nicht allzu hoch, nicht allzu optimistisch  
angesetzt wird angesehen werden können. Wenn wir aber auch  
nur davon aus, daß der Etat der Eisenbahnverwaltung, so wie er  
aufgestellt ist, also mit einem geringeren Ueberschuß als im vorigen  
Jahre abschließen möchte, so können wir ihn doch noch durchaus  
als einen befriedigenden bezeichnen, als einen, der in finanzieller  
Hinsicht das beste Zeugnis ablegt für die von uns eingeschlagene  
Staatsbahnpolitik, denn nach Abzug des Extraordinariums  
und nach Abzug der im Eisenbahnetat selbst nun verbleibenden  
Ausgaben für die Verzinsung und Amortisation der Prioritäts-  
schuld liefert dieser Etat allein einen Ueberschuß von rund  
210 Millionen Mark (hört, hört! rechts), eine Summe, die noch um  
einige 20 Millionen Mark höher ist, als alles, was im nächsten  
Etat zur Verzinsung und Amortisation unserer gesamten öffent-  
lichen Staatsschulden aus den ordentlichen Mitteln des Etats aus-  
zuweisen ist, ein immerhin recht erhebliches, bezeichnendes Zeugnis für  
die Güte der Politik, die wir befolgt haben. Von den übrigen  
Verwaltungsverwaltungen habe ich als einzige, welche ebenfalls erhebliche  
Mehrerträge gegen das Vorjahr aufweist, die Bergverwaltung  
hervorzuheben, die in allen Theilen mögliche Ausgänge zeigt, zu-  
sammen etwa 1 252 837 M.

Dagegen finden sich nun erfreulicher Weise Mehretragsfälle in  
Ansa gebracht zunächst bei der Fortsetzung in Höhe von  
261 300 M. Der Ueberschuß würde erheblicher sein, wenn nicht  
seinerseits es angeht und durch die günstigen Ergebnisse dieser  
Verwaltung besonders motiviert erschienen wäre, Mehretragsfällen im  
Interesse der Erhaltung der guten Ergebnisse dieser Ver-  
waltung zu machen, und andererseits zur Fortsetzung der  
im Vorjahre begonnenen Besoldungsverbesserung für Ober-  
förster und Förster. Dafür sind 322 000 M. Mark in Aussicht  
genommen. Bei den direkten Steuern ergibt sich ein Mehr-  
ertrag von 2 024 600 M. Mark. Daran partizipieren alle Kategorien  
der direkten Steuern mit Ausnahme der Grundsteuer. Insbesondere  
ist die Einkommensteuer mit einem Ertrag von 908 000 M. Mark  
behaftet, auch ein erfreuliches Zeichen für den zunehmenden  
Wohlfand des Landes, aber leider nur noch für die  
städtische Bevölkerung. (Sehr richtig! rechts.) Nach den  
Veranschlagungsergebnissen der letzten Jahre ist ein Stutzen  
des Steuerertrags bei der landlichen Bevölkerung fortgesetzt  
zu Tage getreten (hört, hört! rechts), und nach den Veranschlagungs-  
ergebnissen dieses Jahres ist zum ersten Mal ein positiver Rückgang  
in der Steuerfähigkeit der landlichen Bevölkerung eingetreten.  
(hört, hört! rechts.) Es ist namentlich ganz zweifellos, daß der  
Druck, der auf der Landwirtschaft lastet und der die Theilnahme  
dieses hohen Hauses und auch der Staatsregierung seit längerer  
Zeit hervorgerufen hat, sich in den Veranschlagungsergebnissen der  
Klassen- und Einkommensteuer mehr und mehr ausprägt. Wenn Sie  
die Verträge ansehen, in denen Landwirtschaft vorzugsweise geübt wird,  
namentlich den ganzen Osten der Monarchie, wenn Sie eine Linie  
von Köslin hinabziehen und in die von Schlesien vielfach Breslau  
und Oppeln einbezogenen, dann werden Sie überall einen ganz er-  
heblichen Rückgang der Steuerfähigkeit der landlichen Bevölkerung  
finden. (hört, hört! rechts.) Es ist das ein sehr bedauerliches  
Zeichen, welches auch den Ernst der Aufgaben, die uns nach dieser  
Richtung hin gegenüberstehen, gewiß jedem zugänglich zu machen  
geeignet sein wird. Nebenher lassen Sie mich erwähnen, daß nach  
den Veranschlagungsergebnissen für das nächste Jahr der Steuer-  
ertrag, den wir an direkten Steuern gewahren, sich bereits auf  
die Summe von 247 460 M. belaufen wird. (hört, hört! rechts.)  
Nehmen Sie dazu die in den nächsten Etat einzustellenden Ueber-  
weisungen an die Kreise in Höhe von 18 Millionen, so haben Sie  
eine Belastung unseres Staats allein an Steuererlassen und Ueber-  
weisungen von 42 075 600 M. Mark. Bei den indirekten Steuern werden  
wir einen Mehretrag von 1 247 800 M. Mark haben, woran besonders  
die Lotterieverwaltung, wo zum ersten Mal die Wirkung der  
Korrekturen zur Erscheinung tritt, mit einem Mehretrag von  
1 329 000 M. befreit ist.

Im zweiten Abschnitt des Etats, Dotationen und allgemeine  
Finanzverwaltung, erscheint bei der Staatsverwaltungen ein  
großer Mehretrag von 15 114 472 M.; derselbe beruht auf den  
schon vorhin beim Etat der Eisenbahnverwaltung erwähn-  
ten Uebertragungen in der Hauptkategorie und außerdem  
auch darauf, daß diejenigen Beträge, welche bisher zur  
Amortisation von Prioritätsobligationen erforderlich waren,  
in Folge der Umwandlung der Prioritätsobligationen in Konfols  
nicht mehr dazu erforderlich sind gemäß der Abrede der Regierung  
mit dem Landtage, und wir sie daher nicht mehr den übrigen  
Staatsausgaben zu Gute kommen lassen können, sondern sie zur  
Staatsverwaltungsverteilung einstellen. Das ist ein Mehretrag zur Staats-  
verwaltungsverteilung von 4 662 478 M. Bei der allgemeinen Staats-  
verwaltung zeigt sich ein Mehretrag von 16 644 708 M. Es fällt  
entscheidend ins Gewicht das Reich mit seinem Mehretrag  
von 19 012 642 M. Sie wissen, daß dieser Mehretrag nicht etwa mit  
der Herabsetzung zusammenhängt, sondern sich aus dem vorigen  
Etat ergab und in der Hauptkategorie die übliche Folge der Ausfälle ist,  
welche die Rückzahlung der Staatsschulden ergeben hat. Von dieser Steuer  
hat das Reich von 17 Millionen M. her, welches im nächsten Etat  
steht. Es konnte in diesem Etat auch nur ein geringerer Betrag  
als im vorigen Jahre dafür angelegt werden. Dies in Verbindung  
mit den naturgemäßen Mehretragsfällen in den übrigen Theilen des  
Reichsetats hat diesen großen Anspruch an den Matrualebeitrag  
zur Folge gehabt. Ich erwähne in Parenthese, daß das erfreuliche  
Verhältnis, welches sich im Etat 1886/87 so auszeichnet, daß Preußen  
vom Reich 20 Millionen Mark zu bekommen hatte, sich nach dem  
Etat für das nächste Jahr so ändert, daß wir 432 000 M. be-  
kommen, also immerhin noch etwas.

Der dritte Abschnitt des Etats, die eigentlichen Staatsver-  
waltungen, weist einen Mehretrag von 3 017 878 M. auf, darunter  
zum ersten Mal die Kosten für die Aufstellungskommission für Be-  
schneidung und Wollen, ferner einige Ausgaben für gewerbliche Fort-  
bildungsschulen und für die zweckmäßige Ausgestaltung des In-  
stituts der Distriktskommissare in den einzelnen Landesstellen.  
Schließlich finden Sie darin, was mir sonst alles für dringlich und  
unabweisbar gehalten haben. Ebenso haben wir im Extraordinarium  
bei allen Verwaltungen, soweit es nicht unwirtschaftlich oder nach-  
theilig erschien, die Ausgaben thunlichst beschränkt und dadurch

erleicht, daß wir bei diesem Abschneide um 6 Millionen Mark hinter der Ziffer des laufenden Etats zurückbleiben.

Aber die hier wie im ganzen Etat angewandte Sparpolitik und Selbstbeschränkung der Regierung hat es nicht zu vermeiden vermocht, daß ein ungedecktes Defizit von 28½ Millionen Mark übrig bleibt, und andererseits dessen werden Sie jetzt natürlich mit Recht von neuem die Frage stellen, wie wir zu einer dauernden Verbesserung dieser unfriedlichen Finanzlage gelangen sollen. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe diese Frage hier wiederholt erörtert und Sie bezweifeln wohl nicht, daß ich mir heute noch einmal alles vergegenwärtigt habe, was ich hier darüber früher zu sagen die Ehre gehabt habe. Zu meiner Berichtigung habe ich nichts zu bereuen, nichts zurückzunehmen oder auch nur zu modifizieren. Und dennoch stehe ich heute dieser Frage anders als in früheren Jahren gegenüber, die Thatsache, daß für diejenige unserer Staatseinrichtungen, in welcher wir die höchstnützliche Burgschaft des Friedens sehen, die einzige Gewähr unserer Sicherheit und Machtstellung und die erste Grundfrage unserer ganzen politischen Existenz erblickten, daß für unsere Armee eine als notwendig erkannte Verstärkung und Befestigung völlig unerwarteter Weise verweigert worden ist, diese Thatsache drängt für jetzt alle anderen Sorgen der Staatsregierung in den Hintergrund, nöthigt uns, alle Aufmerksamkeit, Willen und Kraft jetzt auf den einen Punkt zu konzentrieren, daß diese leidige Thatsache bald wieder aus der Welt geschafft (Beifall rechts) und für die Armee das Nothwendige beschafft werde. (Beifall.) Von der Art und Weise, wie das geschehen wird, wird alles Weitere abhängen und beeinflusst sein, auch alle weiteren Entscheidungen wegen der finanziellen Regelung. Ueber die allgemeine Bedeutung der Eröffnungsrede, daß unsere finanziellen Bedürfnisse schwerlich jemals anders als auf dem Wege der weiteren Entwicklung der in den indirekten Steuern liegenden Hilfsquellen befriedigt werden könnten, vermag ich irgend ein näher bestimmtes Vorgehen der Regierung zur Gewinnung dauernder besserer Finanzverhältnisse jetzt nicht in Aussicht zu stellen oder zum Gegenstand einer auch noch so vorbehaltlosen Erklärung zu machen. Wir müssen warten, bis die von mir bezeichnete Hauptfrage ihre Erledigung gefunden hat. Dann erst können und werden wir die Frage wieder aufnehmen, auf welchen beschränkteren oder umfassenderen Zielen und auf welchen sich dann darbietenden Wegen eine finanzielle Reform weiter durchzuführen sein könnte.

Fassen Sie die Lage so mit mir auf, und fragen Sie sich, ob es richtig oder angängig sei, noch einmal ein Budget für das nächste Jahr mit einem Defizit von 28½ Millionen Mark und zur Deckung eine Anleihe in gleichem Betrage zu votiren, so hoffe ich, werden Sie un schwer zur Bejahung dieser Frage gelangen. Die Zustimmung, die darin liegt, kann Niemand leider als etwas ganz Außerordentliches, noch nicht Dagewesenes erkennen, denn wenn Sie die ganze Reihe unserer Etats zehn Jahre rückwärts überfliegen, so werden Sie nur zwei, den von 1882/83 und 1884/85, finden, welche, und zwar auch nur infolge zufälliger Günst der Umstände, ohne eine ergänzende Anleihe balancirt werden konnten; alle übrigen Etats haben dieses Ausfallsmittel in höherem oder geringerem Maße gebraucht, zum Theil sogar in höherem Maße als jetzt. Wir haben den Etat von 1879/80 mit 42 Millionen Mark Anleihe balancirt, den von 1878/79 mit 67 Millionen, von 1880/81 mit 37 Millionen, von 1881/82 mit 28 Millionen, es folgte nur der Etat von 1882/83 ohne Anleihe, darauf 1883/84 mit 23 Millionen, 1884/85 ohne Anleihe und dann 1885/86 mit 22 Millionen Anleihe, 1886/87 mit 12 Millionen und hier schließt sich der Etat für das folgende Jahr mit 28½ Millionen Mark Anleihe an. Der Schluß liegt nahe, daß ein Hilfsmittel, welches so oft schon benutzt worden ist, nicht gerade jetzt als etwas durchaus Verwerfliches und Unnützlichendes werden zurückgewiesen werden. Das Weitere aber ist die Zustimmung, welche darin liegt, auch keineswegs eine solche, die geeignet wäre, bei uns selbst oder bei denen, die uns mit einer Kritik beehren sollten, ein ernstes Bedenken an unserer Wirtschaftspolitik aufkommen zu lassen. So bedauerlich dieses seit einer Reihe von Jahren wiederkehrende Staatsdefizit auch ist, so hoch der diesmalige Betrag auch erscheinen mag, so ist dasselbe doch nicht entfernt als ein Zeichen eines beginnenden oder auch schon eingetretenen staatswirtschaftlichen Verfalls anzusehen. Nein, es ist auch heututage nichts anderes als die Folge unersetzlicher und wie ich glaube, auch vernünftigen wirtschaftlichen Mollens. Finden wir, daß wir ein Budget mit Defizit und Anleihe nicht mehr votiren können, daß es zu drückend, zu genant sei, und wollten wir zum Beispiel auch nur den Ausweg betreten, der im Jahre 1869 aus gleichen Anlässen betreten ist, nämlich eine Restriktion der Amortisation unserer Staatsschuld, so könnten wir vielleicht einen Erfolg damit haben. Nach dem Etatentwurf sollen wir im nächsten Jahre effektiv von unserer Staatsschuld 30 290 254 Mk. tilgen. Einen Theil davon könnten wir ohne Weiteres einfach zinsen lassen im Wege der gemeinsamen Verständigung zwischen Regierung und Landtag, da dieser Theil der Tilgung nur auf einer solchen Verständigung beruht. Im Uebrigen könnten wir nach Analogie des seit 1869 alljährlich und noch jetzt eingeschlagenen Verfahrens im Etat der Finanzverwaltung für die Amortisation sorgen oder durch die Umänderung der Obligationen in Konkols und effektiv ganz vom Hause lassen. Sie sehen, daß dieser Weg, der 1869 praktisch beschritten ist, auch jetzt in diesem Momente, wenn wir es wollten, von uns beschritten werden könnte und den Erfolg haben müßte, daß wir nicht mehr mit einem Defizit heranzugehen hätten. Oder, wenn wir so weit in der Befreiung des Staates von seinen Verbindlichkeiten nicht gehen oder überhaupt nicht daran rühren wollten, so könnten wir zu einer namhaften Ermäßigung des Defizits, je sehr völlige Befreiung desselben gelangen auf dem Wege einer sehr strengen Restriktion unseres Etats und der Aushebung aller derjenigen Ausgaben, die zwar von Jedermann empfohlen und dringend begehrt sind, und selbst in ihren jetzigen Höhe als zu gering bemessen erscheinen, zu denen wir aber nicht unbedingt gezwungen sind, wie z. B. der Aushebung von Verbesserungen, Verbesserungen und Verschönerungen unseres Staatsbesitzes und unserer Wohlfahrtsanstalten. So also zum Einkauf von Grundstücken, zu Fortsätzen 1 600 000 Mk. ausgelegt, ebenso in der Eisenbahn- und Bergwerksverwaltung, in gemeinnützigen Fonds namhafte Beträge zu Verbesserungen ausgemworfen, die wir uns versagen könnten. Wir können noch in einem anderen Punkte des Ordinarius eine Stichprobe machen. Für die Museen sind zur Vermehrung der Sammlungen 325 000 Mk., zu Ankäufen für die Nationalgalerie 320 000 Mk. in Aussicht genommen, zur Bewilligung von Vorlesern an Domänenpächtern 400 000 Mk., zur Ablösung von Forstverpächtern zc. Wir haben im Ganzen die Möglichkeit, wenn wir eine solche radikalste Revision des Etats vornehmen wollten, zu einem Extraordinarium zu gelangen, wie wir es im Jahre 1871 mit nur 18 Millionen gehabt haben. Auf diesem Wege könnten Sie, wenn Sie absolut nicht mehr die Finanzlage als erträglich finden, dem Uebelstande des Defizits entgegenzutreten, aber wie Sie bisher mit uns der Meinung gewesen sind, daß die Knappheit unserer Finanzlage uns nicht bestimmen soll, solche oder ähnliche Wege einzuschlagen, weil dies schlimmer wäre, als die Bilanzierung des Etats durch eine Anleihe, weil dies, wie der erstere Weg der Befreiung der Amortisation, erst recht zur Unwirtschaftlichkeit führen würde, und der andere Weg viel zu einschneidend die Entwicklung des Volkes und des Landes hemmt. Darum glaube ich, Sie werden auch jetzt die Lage übereinstimmend mit uns beurtheilen und den Etat, wie wir ihn vorgelegt haben, im Großen und Ganzen annehmbar finden, im Vertrauen auf eine baldige glückliche Abwendung der jetzigen Lage und eine allseitig befriedigende Lösung der finanziellen Aufgaben des Reiches und des Staats und der Gemeinden. Die Regierung ist von diesem Vertrauen erfüllt und rechnet darauf und wird sich freuen, in diesem Vertrauen von Ihnen bekräftigt zu werden (Beifall).

Für die Vorlage sind inzwischen 9 Redner und gegen dieselbe 5 Redner gemeldet.

Der Herr Reichstag hat nun die Vorrede des Abgeordneten Dr. Meyer (Breslau): Der vorliegende Etat ist der ungünstigste, der dem Abgeordnetenhause jemals vorgelegt worden ist. (Oh! rechts.) So fängt die Geschichte an. Dieser Grundton muß festgehalten werden und läßt sich nicht verwischen, wenn man auch diese oder jene Lichtseite hervorhebt. Der Herr Finanzminister hat wiederholt die Wendung gebraucht, es sei dies oder jenes eine befriedigende Er-

klärung u. s. w. Alles das war doch nur die Freude eines Mannes, dem ein Kopf geschlagen werden ist und der sich darüber freut, daß wenigstens die Scherben ganz geblieben sind. (Heiterkeit.)

Der Finanzverwaltung haben bei der Bemessung der Einnahmen für das bevorstehende Jahr zwei sehr günstige Umstände zur Seite gestanden. Zunächst die Rentenverpflichtung, die in Folge der Rentenzinsung eingetreten ist. Ich billige diese Maßregel vollkommen und erkenne ihre geschickte und energische Durchführung an. Man kann aber auch nicht leugnen, daß diese Rentenverpflichtung den Steuerzahler belastet in dem Maße, wie eine Steuererhöhung. (Sehr richtig! links.) Der Steuerzahler und der Renteneinkäufer decken sich nicht und es kommt ihm wenig darauf an, in welcher Form er belastet wird. Die Frage einer besonderen Kapitalrentensteuer ist auf diese Weise bereits sehr gründlich gelöst (Sehr richtig!), das Renteneinkommen ist dadurch mit seinem achten Theile, d. h. ungefähr 12 Prozent besteuert. Ich meine, das könnte selbst einem recht mit Appetit gesegneten Gemüth genügen. (Heiterkeit.) Der zweite dem Finanzminister günstige Umstand ist die Vermehrung der Lotteriereinnahme. Diese belastet freilich die Bevölkerung nur so weit, als diese sich freiwillig der Lotterie unterwirft. Indes ist man dazu gekommen, die Lose der kreuzförmigen Lotterie wie faures Bier auszugeben, sie werden von den Einnahmern in Zeitungsannoncen empfohlen und man hält also so weit, wie wir es voraussetzten, daß der Staat sich nicht begnügt, die vorhandene Spielerei zu betreiben, sondern die noch nicht vorhandene zu wecken. (Sehr richtig!) Im nächsten Jahre werden wir nun wieder auf Erweiterung der Lotterie nach auf neue Konversionen rechnen können. Und trotz dieser beiden günstigen Umstände, trotz der gewaltigen Einschränkung des Extraordinariums, ist es nicht gelungen, das Budget zu balanciren, wir müssen vielmehr zu einer Anleihe fast in Höhe des Extraordinariums greifen. Wir sind also berechtigt, der Verwaltung vorzuwerfen, daß sie nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe gestanden hat. Im Jahre 1879 sagte Herr von Minnigerode mit großer Handbewegung nach links: „Das ist Ihr Defizit!“ Die Annahme dieser Handbewegung kann ich nicht nachahmen (Heiterkeit), aber mit derselben heftigen Ueberzeugung sage ich (nach rechts): „Dies, meine Herren, ist Ihr Defizit!“ Bei diesem laß mir jeder Urheberhaft unbedacht, die „exceptio plurimum“ ist in diesem Falle nicht zu erheben. (Große Heiterkeit.) Wir haben seit langer Zeit keinen Einfluß auf die Gestaltung des Budgets gehabt. Die Staatsverhältnisse sind im allgemeinen zurückgegangen und das läßt sich nur aus einem Zurückgehen des Volkswohlfandes im allgemeinen erklären. Für den Volkswohlfand ist die Einkommensteuer ein ziemlich schlechter Maßstab, weil ihre Handhabung von zufälligen Verschiedenheiten der Aufschätzung abhängt. Aus dem Steigen der Einkommensteuer in den Städten, ihrem Zurückgehen auf dem Lande darf man bei Feile nicht auf eine Vermehrung des Wohlstandes in den Städten, eine Verminderung auf dem Lande schließen, sondern man kann daraus nur schließen, daß die Handhabung des Geleises in den Städten eine beliebiger strenger ist als auf dem Lande. (Lebhafter Widerspruch rechts, Zustimmung links.) Wenn Sie (nach rechts) dies bezweifeln, so möchte ich jeden von Ihnen bitten, sich eine Zeit lang hier in Berlin häuslich niederzulassen. Wir würden dadurch den doppelten Vortheil erzielen, daß wir ja dadurch hier eine gute Gesellschaft gewinnen, die zur Erhöhung des Glanzes der Residenz beitragen würde (Heiterkeit) und würde außerdem die Einnahmen der Kommune und des Staates wachsen lassen. Und wenn dies nicht durchzuführen ist, so möchte ich Ihnen wohl, daß bei Ihnen in den ländlichen Bezirken nach denselben technischen Grundgesetzen, wie hier, die Einkommensteuer durch technische Beamte abgeschätzt würde, und nicht durch den wohlwollenden Landrath, der sich in die Seele der betroffenen Berufsgeosphen hineinversetzen kann, und den obersten Grundhieb der Moral befolgt: „Was Du nicht willst, daß man Dir thu, das füge keinem andern zu.“ (Stürmische Heiterkeit.) Ich mache den hiesigen Abschätzungsbeamten keinerlei Vorwürfe, es ist ihre Pflicht, das Geleis in der strengsten Weise zu erfüllen, aber ich kann versichern, daß hier in Berlin wohl nur ausnahmsweise einer zu finden wäre, der weniger verurteilt, als sein nach den Grundgesetzen kaufmännischer Buchführung zu ermittelndes Vermögen beträgt (Auf: Na! na!), sind doch diejenigen Abgeordneten, welche in der Stadt Berlin wohnhaft sind, im vorigen Jahre herangezogen worden zur Versteuerung ihrer Häuser (Hört! hört!). Es ist das repetitum worden. Wellkühn gelagt, ich bin dabei sitzen geblieben, weil ich mich nicht beschwert habe, da ich nicht Dutz darüber geführt hatte, wie viel von den Dächern ich in Ansehung meines Berufes im Lebenvermögen verzeiht habe. (Stürmische Heiterkeit.) Aber daß ein solcher Verzicht gemacht werden konnte, ist der einleuchtendste Beweis, daß hier nichts geschenkt wird. Die Einkommensteuer also giebt keinen rechten Maßstab für das Wohlleben des Volkswohlfandes. Einen weit richtigeren Maßstab geben die Zölle. Einen weit richtigeren Maßstab aber geben die Zölle und diese sind in weiteren Rückgängen begriffen, ebenso auffallend ist der starke Rückgang aus den Bergwerken und Hütten. Dieser ist sehr bezeichnend. Der Absatz an Kohle und Eisen geht zurück, das ist ein Zeichen dafür, daß die Industrie nicht mehr in aufsteigender Entwicklung sich befindet. Die Einnahmen aus dem Güter- und Personenverkehr gehen ebenfalls zurück, ein Beweis, daß sich der Handel im Rückgange befindet und wo diese Erscheinung stattfindet, kann man annehmen, daß sich auch der Volkswohlfand im Rückgange befindet. Der mindere Schluß, den ich daraus ziehen kann, ist der, daß die neue Wirtschaftspolitik die Versprechungen, die sie gemacht, nicht hat halten können. Aber noch mehr mache ich für den schlechten Zustand der Finanzen das übermäßige Anwachsen der großen Staatsausgaben verantwortlich. Es liegt mir fern, mich hierbei auf Kleinigkeiten, wie Ankäufe für das Museum oder die Nationalgalerie einzulassen; die Verwaltung der Museen pikt an der Krippe des Staates, wie der Sperling an der Krippe des Pferdes. (Heiterkeit.) Es sind andere Punkte, wo man Staatsausgaben im größten Maßstabe bestritten hat, die vor der Hand nicht dringender waren, die man hätte verschieben sollen. Ich spreche u. A. von dem Nord-Deutscher-Kanal, Ausgaben für die Kolonialpolitik, welche man neuerdings theilweise als Bundesverpflichtung für die Dampfersubvention. Aber wir stehen einem geradezu unerfülllichen Bedürfnisse gegenüber, es lauern eine Menge von Ausgaben für uns. Der Herr Minister hat sie heute nicht aufgezählt, aber wir kennen sie alle: wir brauchen z. B. Geld für die Altersversorgung, von deren Höhe wir uns noch nicht einmal auch nur annähernd einen Begriff machen können. Bedenken Sie nur die Zahl der neuen Hebräer, die wir in den letzten zwei Jahrzehnten bekommen haben, was in dieser Beziehung in Reich und Staat geleistet worden ist, kann man an den Fingern nicht abzählen. Dabei sehen Sie sich die Ausgaben an für unsere Kolonialpolitik, für unsere Sozialpolitik, ich stelle mich auf den Standpunkt, alles dies sei an sich richtig, werde mit der Zeit einen gewissen Nutzen haben und ein unvermeidlicher Optimist, der ich bin, nehme ich gern an, kein Minister wird jemals etwas absolut Unvermeidliches thun (Heiterkeit) — so sage ich aber dennoch, wir sind in dieser Beziehung viel zu schnell vorwärts gegangen, wir müssen uns Rucke gönnen. Dieser Finanzlage gegenüber hat der Herr Minister nichts weiter zu thun gewußt, als eine neue Anleihe vorzuschlagen, er hat heute exemplifizirt auf die in den letzten Jahren stets angenommenen Anleihen. Das ist lediglich Vorkriegspolitik, auf die wir uns verlassen sollen. Nun führte der Minister einen neuen Grund an: Lassen wir die Sorge bei Seite, wir haben nur eine Sorge, welche alle anderen in den Hintergrund drängt, wir müssen zunächst die Armeeorganisation in Ordnung bringen. Und, wenn ihm dabei die Worte entfallen, es seien die Mittel vom Reichstage verweigert worden, so darf ich dies wohl auf einen Kapuss zurückführen. Die Sache steht vielmehr so: der Reichstag hat jeden Mann und jeden Groschen bewilligt (Stürmische Ueberrumpfung und Lachen rechts), er hat die Präferenzbewilligung, die Kadres nach den gemachten Vorschriften. Es ist dabei nur ein Differenzpunkt übrig geblieben, ob die Bewilligung auf 3 Jahre oder auf 7 Jahre gegeben werden solle. Dieser Differenzpunkt mag vielleicht für den Kriegeminister ein sehr wichtiger sein; wie aber der Finanzminister dazu kommen kann, zu sagen: wenn die Kosten auf drei Jahre bewilligt werden, muß ich die erforderlichen Mittel auf diese Weise, wenn sie aber auf sieben Jahre bewilligt werden, auf eine ganz andere Weise aufbringen, das zu verstehen, ist mir, um mit Calderon zu sprechen, „das Unmöglichste von Allen“. Nun meine ich, es lag

ein erster Fehler darin, daß man dem Reichstage diese Verlage machte über die Ausgaben, ohne gleichzeitig für die Mittel Vorseher zu treffen. Das gerade ist die Aufgabe eines Finanzministers in jedem Staate, die richtige Bilanz zu stellen zwischen den Einnahmen und Ausgaben. Der Herr Finanzminister hat aber seine gerade und seine ungerade Zahlen. In dem einen schlägt er uns Steuern vor, ohne uns zu sagen, wie er sie verbrauchen will und in den ungeraden Zahlen schlägt er uns Ausgaben vor, ohne zu sagen, woher er die Mittel dazu nehmen will (Heiterkeit). Wenn ich im Namen meiner Partei darüber sprechen darf, so sage ich: in jedem einzelnen Falle, wo wir die Ueberzeugung gewonnen, daß wir gezwungen sind, neue Mittel zu bewilligen, werden wir mit Vergnügen dazu mitwirken, die geeigneten Wege zu deren Befriedigung zu finden. Aber wir werden in jedem Falle froh sein, Einnahmen zu bewilligen, wenn wir die Ausgaben nicht kennen, oder Ausgaben zu bewilligen, für welche wir die Deckungsmittel nicht kennen.

Der Finanzminister hat nun in seinem heutigen Vortrage nicht ausdrücklich wiederholt, was in der Eröffnungsrede bereits enthalten war, der Reichstag habe sich verjagt zur Mitwirkung an der Beschaffung der Mittel. Ich glaube, Herr von Scholz ist damit doch noch nicht ganz frei von den Ansprüchen, die wir zu machen haben. Er könnte einwenden, es ist das Vorwissen des Reichstages, welches es gebietet hat, diese Finanzordnung herzustellen. Es ist aber Herr von Scholz bis auf den heutigen Tag noch nicht gelungen, seine eigene Partei mit seinen Vorträgen zu befriedigen. Das Tabakmonopol hat in der konservativen Partei nur eine geringfügige Anzahl von Stimmen gefunden; das Branntweinmonopol hat im Ganzen 3 Stimmen gefunden. Sie werden mir zugeben, das ist ein bißchen wenig. (Heiterkeit.) Die letzte Branntweinsteuervorlage hat nicht einen einzigen Anhänger gefunden. Auch die Vorlage, die Herr von Scholz hier im Hause gemacht hat, hat bei den Herren da drüben wenig Liebe erweckt, und der Generalgepöhl der konservativen Partei, Herr von Rauchhaupt, hat zuweilen mit dem Finanzminister in einem so ernsthaften Tone gesprochen, wie ich ihn mir nie gestattet haben würde, selbst wenn mir die Natur das beneidenswerthe Talent, so deutlich zu werden, nicht verweigert hätte. (Heiterkeit.) Auf diejenigen Summen, um welche der Finanzminister bisher die Einnahmen von Reich und Staat vermehrt hat, findet das Wort Anwendung: „Den Seinen giebt er es schlafend.“ Sie sind ihm zugetragen worden: das war die Hörsensteuer im Reichstage und die Verweigerung der Lotterielose hier im Landtage, das ist ihm auf dem Präsenzteller dargeboten worden. Seine einzigen Mäße war, zu angreifen. Und da trifft die Finanzverwaltung der sehr schwere Vorwurf, daß sie zur Regelung der Hörsensteuer nicht rechtzeitig eingetreten ist. Ist es denn nun aber für den Landtag, für den preussischen Staat eine angenehme und erträgliche Lage, sich in der Ordnung seiner Finanzen abhängig zu wissen von dem, was der Reichstag bewilligt? Ich denke, jeder Staat muß für sich selbst besorgt sein. Wann kann nicht wissen, wie der Reichstag über die Steuerfrage denken wird, aber möglich wäre es immerhin, daß das neue Projekt, namentlich, wenn es der gegenwärtige Finanzminister ausbreitet, doch nicht die Majorität bekommt. Wollen Sie denn die Anleihenverpflichtung bis auf unbegrenzte Zeit fortsetzen? Steht es denn so fest, daß der Reichstag irgend eine auch nur moralische Verpflichtung hat, die Einzelstaaten zu jagen, daß es ihr Kind, ihre Amme bleiben soll? (Große Heiterkeit.) Damals, als die Reichsverfassung begründet wurde, hat Niemand daran gedacht. Das erste Fundament bildeten die Matricularbeiträge. Der Gedanke der selbstständigen Reichsteuern hat sich nur mühsam Bahn gebrochen. Ueber ein Jahrzehnt ist das Reich so gut wie ohne Steuern gewesen. Ich gestehe offen, mir hat dies Verhältnis nicht gefallen, ich gehöre zu denjenigen meiner Partei, welche das Reich auf eigene Füße stellen wollten. Das richtige Verhältnis ist für mich, daß Jeder für sich sorgen und Reiner mit dem Andern in Gütergemeinschaft lebt. Ich wollte es dahin bringen, daß das Reich seiner Matricularbeiträge bedürfte, daß es aber auch keine Ueber-schüsse abgebe. Meinmal ziffermäßig denken sich die Matricularbeiträge mit den Ueberflüssen aus der Frankfurter Klausel. Ich denke also, daß wir die Quellen für die Verbesserung unserer Finanzen im eigenen Lande suchen sollen.

Der Reichstag hat erhebliche Steuerbewilligungen gemacht, um sich von den Matricularbeiträgen unabhängig zu machen. Der Reichskanzler hat noch in einer der letzten Sitzungen des aufgelösten Reichstages gesagt, der Reichstag habe hartnäckig diese Quellen verschlossen gehalten. Nun, es sind ungefähr 200 Millionen an neuen Zöllen und Verbrauchsabgaben bewilligt worden und ich glaube, es wird kaum möglich sein, die Erträge der Zölle noch wesentlich zu steigern. Nun hat ja allerdings das Reich eine ungeheure Reserve, die noch gar nicht angefaßt worden ist und auf die man und immer hinweist. Ein hervorragender Nationalökonom, der leider nur sehr kurze Zeit diesem Hause angehört, der aber doch unendlich viel Licht auf seinem Geiste entzündet hat, hat diese Reserve bezeichnet als den „guten Herd der deutschen Nation“. Und er hat nicht das Bier allein, er hat daneben auch den Branntwein und den Tabak gemeint. Für Bier, Branntwein und Tabak soll ja das deutsche Volk ungefähr eine Milliarde ausgeben, und wenn wir uns von dieser Milliarde einen erheblichen Theil aneignen, dann wäre alle Noth beseitigt. Nun ist es dabei aber doch nicht so, daß das Geld, welches bisher in die Kasse des Biers oder Tabakverkäufers geflossen ist, einfach in die Kasse des Fiskus abfließt, sondern es steht damit eine starke Verringerung der Produktion in unvermeidlichem Zusammenhang. Der Herd würde dann beschränkt werden und es würde das in viele Verhältnisse tief einschneiden.

Wir sind der Meinung, daß in der That wir in eine Lage gekommen sind, wo man nicht mehr fortfahren kann, zur Befriedigung der allgemeinen Bedürfnisse die allgemeine verbreitete Genussmittel heranzuziehen, sondern wo man die großen Einkommen und Vermögen heranziehen soll. (Ab! rechts.) Wir haben dabei u. A. auch an ein bisher unberührtes Feld gedacht, an das Einkommen der mediokraten Familien, deren Privilegium durch keine gesetzliche Klausel verbürgt ist, sondern das sich als ein Mißbrauch von Jahrzehnt zu Jahrzehnt erhalten hat. (Zustimmung links.) Ich glaube, daß dieses Privilegium den betreffenden Herren selbst unbedenklich geworden ist (Heiterkeit), und daß sie so gut wie die Theologen, die man von der Miltärschicht frei machen wollte und die sich in ihrem Patrikismus dagegen gewehrt haben, daß man ihnen die Ehre der Miltärschicht entziehen wolle, sich auch dagegen verwahren werden, zur Deckung der Kassen des Staats nicht beitragen zu können. Ich glaube, die patriotische Begeisterung, die neulich an einer anderen Stelle sich gezeigt hat, ein Vorhand ist davon, daß wir nach dem Beispiel vom 4. August 1881 den freiwilligen Verzicht jener Herren erleben werden.

Nun komme ich zu demjenigen Punkte, über welchen der Finanzminister sich ausgesprochen hat, ohne daß ich ihm daraus irgend einen Vorwurf machen kann. Er hat auf die Frage nicht geantwortet: Heinrich, wie denkst Du über das Monopol? (Große Heiterkeit.) Er machte Andeutungen, daß er sich einer Beantwortung dieser Frage entziehen wolle und zwingen können wir ihn nicht. (Auf rechts: Gott sei Dank!) Wir müssen jedenfalls sagen, es ist gar nicht möglich, die gegenwärtige Finanzpolitik fortzusetzen, wenn man nicht zu den Monopolen kommt. Die übrigen Pfeile hat der Finanzminister verschossen. Er ist nicht in der Lage gewesen zu sagen, daß er weder von dem Tabak, noch von dem Branntweinmonopol dauernd Abschied genommen habe. Diese beiden Namen werden mit seinem Namen so eng verquickt bleiben, wie die Namen Mantinea und Leuktra mit dem Namen Epaminondas (Heiterkeit). Nach der Unmöglichkeit, aus einer Steigerung der Zölle noch mehr zu erzielen, als sie bisher eingetragen haben, die trotz der Zollschranken bereits einen Rückgang nachweisen, bleibt Ihnen kein anderer Weg, als auf diese Monopole zurückzukommen. Und das werden wir an anderer Stelle sagen; Zugestanden hat er es nicht, aber in Abrede gestellt hat er es auch nicht, das genügt! (Heiterkeit und Beifall links.)

Abg. Herr v. Minnigerode (Bonn.): In den Ausführungen des Vorredners war von dem Ernst der Situation, die auf dem Lande laftet, wenig zu spüren. Ich muß ihm den Vorwurf machen, daß seine Rede sich als Wahlrede in diesen Räumen doch auf einem niedrigen Niveau bewegte. Sein Hauptantritt richtete sich gegen den Finanzminister und da erinnere ich mich vor allem eines gewissen geflügelten Wortes: Der Finanzminister ist verpflichtet, die Bilanz herzustellen. Gewiß, er ist verpflichtet, auf Deckung zu



der Beschluß gefaßt worden, in dem alle einig waren. Da sollte man doch nicht durch vorzeitige retropektiven Betrachtungen wieder die Parteimotivationen hervorheben. Die Regierung hat alles in der Hand gehabt. (Abg. Cuneo: Aber nur auf 3 Jahre!) Das war vollkommen genügend und es war außerdem eine ganz bekannte Tatsache, daß es in anderen konstitutionellen Staaten immer nur auf ein Jahr geschieht. (Abg. Cuneo: Wir haben die Franzosen im Auge!) Die Franzosen haben uns auch im Rücken und bewilligen doch nur auf ein Jahr, also das hilft alles nichts, mein lieber Freund. (Große Heiterkeit.) Es bleibt also dabei, die Regierung hatte es in der Hand, aber es sind eben andere Tendenzen, die man verfolgt, (Sehr wahr! lacht) und dem gegenüber wollen wir gewappnet sein. Angeblich drohe uns große Gefahr vom Auslande; nach den Erklärungen des Reichskanzlers erkenne ich diese Gefahren gar nicht an. Wir haben von ihm gehört, daß wir zu Rußland in dem besten Einvernehmen stehen. Ein Bündnis hat er nicht zugeben wollen, er hatte beim Viner beim russischen Botschafter nichts davon gehört. Daß wir aber von Seiten Rußlands keinen Anlaß zu erwarten haben, ist nach den Erklärungen des Reichskanzlers gar nicht zu bezweifeln und wir sollten uns darüber freuen. Daß in Frankreich augenblicklich für uns irgend welche Gefahr liegt, hat der Reichskanzler durchaus nicht bestritten. Im Gegenteil, er hat gesagt, so lange dieses Ministerium sei, bestände keine Gefahr. Wenigstens ist die Gefahr nicht größer als seit Abschluß des Frankfurter Friedens. Im Jahre 1880 hat man erklärt, wenn die gescheiterten 26 000 Mann bewilligt wären, würde alles in bester Ordnung sein und bleiben. Trotzdem haben jetzt alle Parteien im Reichstage auf die Autorität des Grafen Bismarck und des Reichskanzlers hin wieder alles bewilligt, was gebietet wurde, und bezüglich der Jahre ist es doch merkwürdig, daß man eine solche Eile gehabt hat mit dem Aufstellen des Reichstages, daß man nicht einmal die dritte Beratung abwartete. Man weiß ja gar nicht, was in der dritten Beratung erfolgt wäre. (Heiterkeit.) Aber es schien, als ob an gewissen Stellen eine wahre Angst bestanden hätte, es könnte das Gesetz angenommen werden. Daß man aber seitens der Nationalliberalen die Sache so auffassen würde, wie es geschehen, war mir sehr interessant; ich hätte geglaubt, daß die Verfechter der Verfassung und ständigen Rechte sein wollten. (Auf: „Sind wir auch?“) So lange nicht geschäftsordnungsmäßig die Angelegenheit definitiv erledigt ist, konnte niemals Grund zu einer solchen Maßregel vorliegen. Ich muß immer wieder auf den Gedanken zurückkommen: wenn man dem Auslande gegenüber vor allem einig sein soll, was ich ganz billige, dann sollte doch keine Partei es sich zur Aufgabe stellen, vor dem Auslande immer neuen Zwiespalt zu dokumentieren. (Sehr gut! im Centrum), dann sollten doch große Staatsmänner Bedenken tragen, gegen den anderen Körper, der als bedeutend anerkannt ist, Front zu machen. Ich habe nur zu bedauern, daß man mir zuversichtlich gesagt hat, es sei Herrn v. Cuneo gelungen, die Herren von einer Adresse hier im Hause abzubringen, ich hatte mich sehr darauf gefreut. (Große Heiterkeit.) Ich wiederhole noch einmal, die Regierung konnte Alles haben. (Auf: „Jeden Mann und jeden Groschen!“ Große Heiterkeit.) Ja, wohl! jeden Mann und jeden Groschen (Heiterkeit), sie hat es nicht gewollt, und ich kann nicht anders glauben, als daß eine Leidenz vorwiegend gewesen, welche mit der Militärvorlage sehr wenig zu thun hatte. Was ein Monopol angeht, so werden wir daselbst unter allen Umständen bekämpfen, wie wir es bisher gethan haben, und es ist mir angenehm gewesen, daß Herr Cuneo sich eben so gegen das Monopol erklärt hat. (Hört! links.) Insbesondere mag es nicht übel nehmen, daß ich, so werthvoll mir seine Erklärungen sind, doch kein großes Gewicht darauf lege. (Oh! bei den Nationalliberalen; Heiterkeit im Centrum und links.) Die eigentlichen Hauptziele der Partei, die Herren von Bennigsen und Miquel werden ja nun wieder kommen, dann werden wir ja hören, alle Anderen bedeuten nichts. (Oh! bei den Nationalliberalen. Große Heiterkeit.) Finanzminister Dr. v. Scholz: Gegenüber dem, was der letzte Herr Redner ausgeführt hat, könnte es auffallend gefunden werden, wenn die Regierung nichts zu erwidern hätte. Ich will zur Vermeidung dieses Mißverständnisses feststellen: für uns gilt der Reichstag zur Zeit als geschlossen und dieses Haus nicht als der geeignete Ort, um die Verhandlungen des Reichstages in gewissem Sinne fortzusetzen. (Lacht von links.) Ich muß erklären, daß ich nicht legitimiert bin und nicht die Absicht habe, das zu sagen, was die verschiedenen Regierungen auf diese Angelegenheiten etwa zu erwidern haben würden. (Beifall rechts.) Abg. Herr von Redlich (rechts): Ich will auch nicht weiter in die Debatte zurückgehen als es hinsichtlich der Ausführungen des Abg. Windthorst unumgänglich nötig ist. Derselbe hat ausgeprochen, daß die verschiedenen Regierungen Alles hätten haben können; das ist aber in der That nicht richtig, denn die Bewilligung war auf eine Bedingung geknüpft, von der man voraussetzte, daß sie die Ablehnung bedeutete. (Oh! bei der Widerpart links und im Centrum. Beifall rechts.) Die Annahme der 3 Jahre war der Bedingung der Ablehnung. (Echthafter Beifall rechts.) Wenn Herr Windthorst sagt, es hätte in dritter Lesung anders kommen können, so braucht er sich nur die Namen derer, die mit „ja“ gestimmt haben und die derer, welche sich der Abstimmung enthalten haben, anzusehen, dann muß er erkennen, daß entbehrt der thatsächlichen Möglichkeit (Oh! links und im Centrum), und wenn der Herr Abg. Windthorst auf die Darlegung der anständigen Politik des Fürsten Bismarck eingegangen, so hätte er nicht übersehen dürfen, daß ein Staatsmann von seiner Bedeutung, der sich die Erhaltung des Friedens zur Aufgabe gestellt hat, so sprechen muß, daß diese friedlichen Ziele nicht gestört werden; wenn er dies beabsichtigt hätte, so würde er seine Schritte nicht haben gehen können. (Sehr wahr! rechts.) Ich glaube, wie die augenblickliche politische Lage ist, so müssen wir mit Ernst darauf bedacht sein, und gerichtet zu halten gegen jede Eventualität. Wenn man so Front nach Außen nehmen mag, dann ist es ein Akt, der kein besonderer Grad von Patriotismus genannt werden kann, wenn man den inneren Streit droppelt. (Beifall rechts.) Das Ereignis der 7 durch 3 Jahre ist die Provokation des inneren Streites. Das ist es, was ich Herrn Windthorst gegenüber betonen muß.

Was nun den Etat betrifft, so herrscht darüber eine merkwürdige Uebereinstimmung, daß wir ein Defizit von 28 Millionen Mark und keine Deckung haben. (Heiterkeit.) Da sind nun verschiedene Mittel angegeben worden, darunter auch, die Maßregel auf Grund des Antrages neu wieder rückgängig zu machen. Die Gelber, welche mir jetzt im Kredit aufnehmen müssen, würden ungefähr dadurch gedeckt werden, denn wir würden etwa 25 Millionen Mk. mehr im Etat haben. Aber ich glaube nicht, daß man zur Zeit daran denken kann. Ich glaube, wir werden notwendig dazu übergehen müssen, sowohl im Reich als hier in Preußen auf eine Vermehrung der Einnahmen hinzuwirken. Ich erkenne an, daß die gegenwärtige Lage im Reich, wo es sich um ein so wichtiges Gesetz, wie die Militärorganisation handelt, nicht geeignet ist für die Diskussion der Steuerfrage. Ich glaube, das Projekt der Reichseinkommensteuer, welches der Abg. Meyer mit einer gewissen jugendlichen Schürzenritzerlei empfohlen hat, ist durch Herrn v. Cuneo bereits hinreichend tot gemacht ist. In einem Momente, wo die äußere Lage bedroht ist, kann man mit einem derartigen Plane, welcher bei den Bundesstaaten nur Mißtrauen erregen würde, nicht kommen. Ich glaube in der That, daß das Reich niemals einen solchen Weg betreten können, es wird den Bedarf, den es beschaffen muß, auf dem Gebiete der indirekten Besteuerung finden müssen. Nun hat man hier wiederum das Tabak- und Branntweinmonopol citirt, ich glaube zu wesentlich praktischen Zwecken, um urtheillose Wähler ins Wahlgarn zu locken. Das Tabakmonopol ist eine begrabene Sache, aber auch das Branntweinmonopol ist nach der Aufnahme im Reichstage ebenso als tot zu betrachten; kein Mensch denkt im Ernst daran, sondern nur diejenigen, welche zu Wahlzwecken gern Gespenster erscheinen lassen wollen. Eine Vermehrung der Einnahmen und Getreidesteuern läßt sich aber nicht an der Aht lassen. Der Herr Abg. Meyer sieht darin nur wegen seiner Vorliebe zu dem braunen Gerstenlaß Gespenster, die wir leicht beseitigen könnten, wenn wir das Bier steuerfrei ließen, das der Abgeordnete Meyer trieft. (Heiterkeit.) Die Ausführungen des Abg. v. Cuneo werden leicht eine Verständigung mit uns in dieser Beziehung herbeiführen können. Die Herren von der Linken scheuen sich, nein zu sagen, und sagen des-

halb Ja mit einer unannehmbaren Bedingung. Das Reichseinkommensteuerprojekt war nicht ernst gemeint und hatte nur den Zweck, sich von der politischen Mitarbeit zu drücken. (Oh! links.) Wir müssen das Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen endlich herstellen und wir werden bereit sein, ernsthaft daran mitzuarbeiten. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Windthorst: Die Monopolprojekte sind nicht zu behaupten hier herangezogen worden, aber es werden auch diese Töden aus ihren Gräbern wieder herausgehoben, wenn die Verhältnisse es erlauben. Der Finanzminister trägt seine Liebe zu den Monopolen offen zur Schau. Insofern wird diese Frage auch bei den Wahlen eine Rolle spielen können. Im Reichstage war die ganze Bewilligung ernsthaft von uns gewollt (Lachen rechts.) und sie war auch durchaus acceptabel. Daß sie nicht acceptirt wurde, konnte ich nicht von vornherein annehmen (Gelächter rechts.) Ich wünsche, daß die Regierung die Ablehnung der drei Jahre niemals bereut und die letztere der Gesamtheit nicht zum Schaden gereicht. Um eine jegliche Kriegsgefahr kann es sich nicht handeln, da sonst die Regierung unter Anerbieten angenommen hätte. Glaubt man etwa, daß der Herr Reichskanzler etwas gesagt hat, was ihm nicht ernst ist? Wenn der Herr Reichskanzler wegen seiner friedlichen Bemühungen nicht reden durfte, so hätte er geschwiegen, und wenn er gesprochen hat, so nehme ich das als Wahrheit an und möchte den Herrn, der das bezeugt, (Heiterkeit.) Ich bin überzeugt, daß der Reichskanzler nur doll und ganz gesagt hat, was er dachte, und darüber ist auch im Auslande nirgends ein Zweifel. Ich meine ferner, daß seine Erklärungen wesentlich auf die Fortdauer des Friedens hingewirkt haben. Das würde aber nicht möglich sein, wenn der Gedanke des Herrn v. Redlich, daß der Reichskanzler nicht gesagt habe, was er dachte, im Auslande (Gelächter rechts.) Darum protestire ich gegen eine solche Auffassung. (Gelächter rechts.) Nachdem diese Sache hier einmal zur Sprache gebracht ist, wäre es zweckmäßig gewesen, sie hier voll und ganz vor dem Lande zu diskutieren, umso mehr, als man hier noch manches sagen kann, was man auswärts zu sagen verbietet ist. Es wird aber wohl noch Gelegenheit kommen, Weiteres vorzutragen, und es sollen mir das die Gedanken, die ich für die Abrede habe mir bereits notirt hatte, nicht verloren sein. (Heiterkeit.)

Finanzminister Dr. v. Scholz: Es ist mir nicht auffällig und es entspricht der Art und Weise, mit welcher der geehrte Herr Vorredner mir gegenüber auch früher öfter aufgetreten ist, daß er mich förmlich zu nöthigen sucht, über die klaren Erklärungen hinweg, die ich pflichtgemäß hier abgegeben habe, irgend etwas mehr zu sagen und dann in adrektorischer Weise — ich glaube, das Wort ist parlamentarisch, die Adrokatens sind ja ein durchaus ebrenhafter Stand — aus meinem Munde und meinem Schweigen mich benutzend in seinem Sinne diese Angelegenheit nicht nach meinem Gesinnung, aber auf meinen Gesinnung kommt es ja nicht an, und ich muß ihm in diesem Augenblick auf diesen Weg folgen, damit nicht willkürliche, falsche Schlüsse, die lediglich der Leidenz des Abg. Windthorst entsprechen, daraus gezogen werden. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe meine Erklärungen festgelegt, übereinstimmend mit meinen sämtlichen Herren Kollegen abgegeben. Ich habe diesen Erklärungen, die an Bestimmtheit nichts zu wünschen übrig lassen, nichts hinzuzufügen. Ich habe gesagt: „Neben die allgemeine Andeutung der Erklärungsrede, daß unsern finanziellen Bedürfnissen schwerlich jemals anders als auf dem Wege der weiteren Entwicklung der in den indirekten Steuern liegenden Hilfsquellen Abhilfe geschafft werden könnte, hinaus vermag ich irgend ein näher bestimmtes Vorgehen der Regierung zur Gewinnung dauernder Verbesserung der Finanzverhältnisse jetzt nicht in Aussicht zu stellen und zum Gegenstand einer auch noch so vorbehaltvollen Erörterung zu machen. Ich kann nur sagen, wir müssen warten, bis jene von mir bezeichnete Hauptfrage erledigt sein wird. Dann erst können und werden wir die Frage wieder aufnehmen können, mit welchen umfassenderen oder beschränkteren Zielen und auf welchen sich darbietenden Wegen eine Finanzreform weiter zu versuchen sein würde.“ Für eine genaue Wiederholung der Worte kann ich nicht bürgen, der stenographische Bericht wird die Uebereinstimmung nachweisen. Nun sagt der Abg. Windthorst: Da steht allerlei dahinter, da kann man nicht wissen, was gemeint ist und wenn ich ihn recht verstanden habe — die Art, mit der Rücken hierher gewendet zu sprechen, macht es der Regierung sehr schwierig, dem Abgeordneten zu folgen — so hat er ausdrücklich gemeint, die Regierung denke doch wohl noch an das Branntweinmonopol und wahrscheinlich auch an das Tabakmonopol. Und als ein Argument, daß er damit Recht habe, hat er aus den Reichstagsverhandlungen vorgeführt, ich hätte auf seine Bitte, zu erklären, daß das Branntweinmonopol oder das Tabakmonopol, ich weiß nicht, welches er damals gerade meinte (Abg. Dr. Windthorst: Beide!) — eine definitiv angegebene Sache sei, nicht antworten gekonnt, gewollt oder gedurft (Heiterkeit). Das letztere Wort hat auch damals besonders Heiterkeit hervorgerufen. Wenn damit eine Herabsetzung meiner persönlichen Stellung innerhalb der Staatsregierung beabsichtigt sein soll, so hat der Herr Abgeordnete diesen Zweck vollständig verfehlt. In jeder geordneten Regierung kann ein einzelnes Mitglied einmal etwas nicht thun dürfen, ich weiß auch gar nicht von mir, daß ich unter Umständen etwas nicht thun darf der Verhältnisse wegen, was ich sonst thun würde. Der Herr Abgeordnete sagte, auf seine Bitte hätte ich nicht gekonnt, gekonnt oder gedurft, eine Erklärung abzugeben, daß das Monopol eine definitiv angegebene Sache sei. Wie steht es denn innerlich mit dieser Sache? Welcher Minister oder welches Mitglied eines Bundesrathes kann denn im Auftrage auf eine Frage, ob etwas definitiv angegeben sei oder nicht, antworten? Ist es nicht ein Hohn auf die bestehende Verfassung (Sehr richtig! rechts), daß ein Mann, der weiß, wie solche Beschlüsse der Regierung zu Stande kommen, eine solche Frage stellt? (Unruhe links.) Es tritt doch Niemand im Bundesrath auf, nachdem das Monopol im Reichstage verworfen ist und beantragt, daß dasselbe nunmehr definitiv aufgegeben sein solle, es bedarf nur der genauen Fragestellung, um den ganzen Konfens einer solchen Frage zu ergeben. (Beifall rechts.) Nun sagt der Abg. Windthorst, die preussische Regierung hätte doch wohl eine solche Erklärung geben können, denn sie sei ja das Kaminiel gewesen, welches die Monopole beantragt hätte. Die preussische Regierung ist doch auch aus vielen Köpfen zusammengesetzt und kommt auch nicht zusammen, um zu beschließen, daß eine Sache nach der Ablehnung durch die Volksvertretung definitiv aufgegeben sein solle. Eine solche Erklärung soll also nur fraktifizirt werden gemäß den Intentionen des Herrn Abgeordneten. Ich weiß das von mir. (Beifall rechts.)

Ferner sagt der Abg. Windthorst, ich persönlich könnte thatsächlich für immer als ein Freund der beiden Monopole gelten. Ich lenge das heute so wenig wie jemals. Aber daraus darf man nicht politisches Kapital schlagen. Der Herr Reichskanzler hat öfter in überzeugender Weise ausgeführt: Man gewinnt einen Einfluß auf eine Regierung nicht durch Opposition, sondern durch Unterstützung; die, welche sie unterstützen, haben einen Anspruch, ein natürliches Gewicht, für ihre Meinung bei der Regierung Succurs und Zuhörung zu finden. Von der Entscheidung der vorhin bezeichneten Hauptfrage der Regierung wird der Gang der ganzen weiteren Politik abhängen. Denken Sie sich den allerdings unausgeglichenen Fall, die Regierung würde vorgewiesen durch eine kolossale fortschrittliche Majorität in die Lage gesetzt sein, diese erste, notwendige Sorge für des Reiches Sicherheit und Existenz zu erledigen, so würde die Regierung dieser großen fortschrittlichen Majorität gegenüber zur Rückficht genöthigt sein und sich um die Wünsche dieser ihrer besten Freunde kümmern müssen. Die Reichseinkommensteuer würde dabei allerdings ausgeschlossen sein. (Heiterkeit.) Aber eine ganz andere Majorität hilft der Regierung die wichtige, erste und notwendige Sorge zu erledigen, und daher muß die Regierung auf deren Wünsche Rücksicht nehmen. Es ist Wahrheit, nicht Worte, wenn ich gesagt habe: erst dann werden wir die Frage der Reform wieder aufnehmen können, wenn diese Sorge erledigt ist. (Beifall rechts.)

Abg. v. Cuneo (nat. lib.): Der erste Theil unserer heutigen Verhandlungen bewegte sich auf recht einfachen Wegen und ließ keine große Spannung im Hause zu. Nach der Rede des Abg. Windthorst aber war es ein unangenehmes Verbleiben des Abgeordneten Cuneo, das er den Fruchts aus dem Loche koste. Die Ausführungen meines lieben Freundes Windthorst haben mich nicht so sehr interessiert, wie die meines früheren Freundes und Kollegen der nationalliberalen Partei, des Abg. Alexander Meyer. Es ist merkwürdig,

wie schnell man etwas lernt; in der kurzen Zeit, daß Herr Dr. Meyer in Verbindung steht mit Herrn Eugen Richter, hat er sich so sehr besser Sprechweise völlig angeeignet. Der Anfang seiner Ausführungen, daß niemals ein ungünstigerer Etat vorgelegt worden sei, gehört erb- und eigenthümlich dem Abg. Eugen Richter. Seitdem ich Mitglied des Hauses bin, seit 8 Jahren, hat Herr Eugen Richter die Statrede für den deutschen Reichstag, resp. für die Fortschrittspartei, gehalten und immer war der Anfang derselbe, und immer waren die preussischen Finanzen in einem geradezu ansehnlichen Zustande. Im Jahre 1879 jagte der damalige Finanzminister Bitter, er würde, dem Abg. Richter gegen als Finanzminister Platz machen, da sagte aber der Abg. Richter, ich danke für das schöne Anerbieten. Im Jahre 1880 hob der Abgeordnete Hammer der Richter'schen Kritik am Etat gegenüber hervor, daß die preussischen Finanzen doch nicht als so ungünstig beurtheilt werden könnten, denn die preussischen Kaufleute ständen 101. Da bezeichnete Herr Richter diesen Stand als Schwindel; jetzt stehen sie, glaube ich, 105 oder 106. Im Jahre 1884 meinte Herr Richter, die Steuern seien überall besser aufgehoben als bei dieser Regierung, und hat für die Aufhebung der beiden untersten Klassensteuern gestimmt. Später hat die Urtheile des Abg. Richter anders geworden. Im Jahre 1886, als es sich darum handelte, die Mittel zur Erleichterung der Einzelstaaten zu verweigern, meinte Herr Richter, es stünde mit den Einzelstaaten gar nicht so schlecht; Preußen hätte allerdings ein Defizit von 68 Millionen, das wolle aber gegenüber dem großen preussischen Etat nichts sagen. So ändern sich die Ansichten. Und wenn der Abg. Meyer wieder einmal nationalliberal wird, so kann er wieder zu einer günstigeren Beurtheilung des Etats kommen. Die Ausführungen des Abg. Cuneo trafen das Richtige. Unter Stat ist nichts Glanzvolles, aber auch nichts, was uns erschrecken kann. So schlimm sind unsere Verhältnisse nicht. Zutreffend waren mir die Ausführungen des Abg. Meyer über das Projekt der Reichseinkommensteuer. Im Jahre 1883 habe ich mit dem Abg. Meyer in der Kommission für die Kapitalrentensteuer gelesen und für den Wunsch, den ich damals hatte, daß die Vorschläge der Regierung nicht Gesetz würden, hätte ich keine bessere, lebhaftere, energichere und gelegentlich auch witzigere Unterstützung finden können als die des Abgeordneten Meyer. Wir waren damals gegen die Art, wie das mobile Kapital herangezogen werden sollte und für eine Kontingentierung der Steuer und eine Verbindung der Vorlage mit der Grund- und Gebäudesteuer. Jetzt finden wir den Abg. Meyer auf einem Gebiet, von dem er damals sehr weit entfernt war. Auch die Frage der Besteuerung der Reichsmittelbaren wird zu einem bestimmten Zweck heute in die Debatte geworfen und in die Presse hineingelancirt. Die Schwierigkeiten einer Reichseinkommensteuer gegenüber den verschiedenen Systemen der direkten Steuer kennt Niemand besser als der Abg. Meyer selbst, und es würde ihm nicht möglich sein, praktische Vorschläge zu machen, wie diese Steuer ins Leben treten könnte. Wenn er trotzdem sagt, die Regierung hätte ja durch die Reichseinkommensteuer und die Besteuerung der Reichsmittelbaren die Mittel für die Ausrüstung haben können, so weiß Niemand besser, daß die Ausführung dieser Frage, die so viel Staub in der Presse aufgewirbelt hat, unmöglich ist. Ich sehe allerdings schon den Abg. Meyer vor seinen Wählern in Halle mit diesen beiden Projekten liegen. (Heiterkeit.) Wenn aber die Regierung mit diesem Projekte der Reichseinkommensteuer gekommen wäre, dann wäre nicht eine einzige Stimme der Unterstützung bei den Reichsvereinigungen zu finden gewesen (Heiterkeit), und wenn sie heute damit käme und sagte: „Gut, ich gehe darauf ein“, dann können Sie sich darauf verlassen, wären die deutschpreussischen Gründe dagegen billig wie Brombeeren. Damit werden also die Herren im Lande nichts ausrichten können. Die Einkommensteuer ist doch nicht so bedeutend, in Preußen erhebt sie ungefähr 30 Millionen Mark, was beweist, daß die reichen Leute gar nicht in so großem Umfange existiren, wie die Agitatoren uns weis machen wollen. Um das Projekt schmählicher zu machen, lobt Herr Abg. Meyer die Einkommen hier in Berlin und die Schätze der Einkünfte und weist dem Lande vor, wenn überall so eingerichtet wäre, dann würden andere Sätze herauskommen. Ich bin mit Berliner Verhältnissen auch vertraut und weiß, daß die Einkünfte ebenso unregelmäßig, ungerundet und ungleichmäßig ist, wie im ganzen Lande und wie es nach dem bestehenden System überhaupt nicht vermindert werden kann. Wenn die Ergebnisse der Steuer in Berlin ziemlich groß sind, so ist der Grund dafür der, daß sich hier alle großen Finanzinstitute konzentriren und daß vielleicht in vielen Fällen etwas rückfichtsvoller bei der Einkünftevertheilung wird und weniger Rücksicht auf persönliche Verhältnisse genommen wird. Die Kommunalsteuern mit 100 Prozent sind in Berlin deshalb so gering, weil vom ganzen Lande ein großer Theil der Steuern für Berlin mit aufgebracht wird. 6 Millionen Mark werden allein nach unserem Etat für Unterhaltung der Berliner Polizei gezahlt. Wenn diese als Kommunalpolizei erhalten werden sollte, dann würden die 100 Proz. gleich auf 200 steigen. Dann möchten wir sehen, wie die Herren sich noch brüsten wollen mit den Berliner Verhältnissen. Die großen Vorzüge Berlins kommen durch den Fremdenverkehr und alle die Staatsinstitute, die hier den Verhältnissen zu Gute kommen. Die Herren sollten also nicht mehr so stolz thun. Wir tragen alle einen großen Theil zur Erleichterung der Lasten in Berlin bei, und ich hoffe, daß der Herr Minister des Innern endlich sein Versprechen erfüllen mag, daß er gegeben hat, Wandel in den Verhältnisse herbeiführen zu schaffen. Ich gehe in dieser Sache vollbewußt gegen Berlin vor. Die ganze Kommunalsteuereinkommensreform im preussischen Staat ändert sich nicht eher, als bis die Berliner es am eigenen Fleische fühlen werden, was es heißt, 500 bis 600 Proz. Kommunalsteuer zu zahlen. Denn dieser Berliner Ring hat Einfluß auf die Wähler und die Abgeordneten, die man zu Gunsten der Wähler aufstellt. Wenn ich einmal von den Verhältnissen Berlins spreche, dann kommt gleich der Abg. Zelle und sagt: um Gottes Willen nicht an die Gemeindefreiheit und die Gemeindepolizei! Aber niemals stellt er den Antrag, die 6 Millionen von Berlin allein aufbringen zu lassen. (Heiterkeit.)

Der Abg. Meyer klagt ferner über den Niedergang der Eisenbahnverhältnisse. Daraus darf man aber nicht auf einen allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang schließen. Nach den sieben letzten Jahren kamen in Preußen auch die sieben mageren Jahre, und in den sieben mageren Jahren leben wir jetzt. Dann werden auch wieder bessere Zeiten kommen. Ich hebe dies auch in Bezug auf die Ausführungen des Finanzministers über den Mangel der Steuerkraft der Landbevölkerung hervor. Diese Verhältnisse sind schon schlimmer gewesen als jetzt und es wird auch in der Landwirtschaft wieder besser werden. Wir haben uns nie geweigert, die Konserwativen und Freikonservativen in der Förderung der Landwirtschaft zu unterstützen. Machen Sie praktische Vorschläge, wie der Landwirtschaft geholfen werden kann, so werden wir bereit sein, auf diesen Boden zu treten. Wenn aber Herr v. Münnichrode sagt, die Getreidepreise sind nicht hoch genug, so sagen andere Sachverständige, daß sie gar nicht helfen können. Wenn Sie mit der Goldwährung und anderen Theorien kommen, so werden Sie auf diesem Boden nicht finden. Aber Sie haben keinen Grund, hier über die landwirtschaftlichen Verhältnisse zu klagen, so lange Sie keine Mittel angeben wissen, wie durch positive Maßregeln abgeholfen werden kann. Thun Sie es, und Sie werden uns entgegenkommend finden, aber in keiner Weise können wir auf Theorien eingehen, über deren Unfruchtbarkeit wir von Anfang an überzeugt sind.

\* Die erste Lesung des Etats schloß heute mit der Verweisung der bekannten Titel an die Budgetkommission. Die Fortsetzung der Debatte geben wir in der Morgen-Ausgabe.

Verantwortliche Redakteure: F. Dernburg in Berlin.  
Für die auf die deutschen politischen Angelegenheiten bezüglichen Theile:  
E. E. Köbner in Berlin.

Druck und Verlag der National-Zeitung Dr. F. Salomon in Berlin.